

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland

Vechta, Oldb, 1969-

Joachim Kuropka: Der Übergang in die nationalsozialistische Diktatur in
der Stadt Cloppenburg

urn:nbn:de:gbv:45:1-5285

Der Übergang in die nationalsozialistische Diktatur in der Stadt Cloppenburg

Obwohl sich die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahrzehnten um die Aufhellung der nationalsozialistischen Zeit außerordentlich bemüht hat, bleiben doch in unserem Bild über die Jahre 1933 bis 1945 noch immer große weiße Flecken. Dies gilt vor allem für die politisch-sozialen Verhältnisse in den Kommunen, die für den fraglichen Zeitraum nur unzureichend aufgearbeitet sind. So haben bereits Bracher/Sauer/Schulz der Eroberung der kommunalen Ämter ein Kapitel ihres 1960 erschienenen Werkes über die nationalsozialistische Machtergreifung gewidmet¹⁾, doch erst 1970 erschien Matzeraths umfangreiche Studie über „Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung“²⁾, in der die großen Linien nationalsozialistischer Kommunalpolitik nachgezeichnet und viele Einzelangaben zu einer Reihe von Städten gegeben wurden. An Allens 1966 erschienenem Buch zur Übergangsphase von der ausgehenden Weimarer Republik bis in die ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft in einer einzelnen Stadt wurden die noch in der zweiten Hälfte der 60er Jahre vorhandenen Probleme deutlich, vor denen die Forschung stand. Allen gab im Vorwort seines Buches die entsprechenden Hinweise: „Kleinstädte haben auf der ganzen Welt zwei Dinge gemein: wenig private Abgeschlossenheit und viel Klatsch“, weshalb er den Stadtvätern und allen Befragten versprechen mußte, ihre Namen und sogar den Namen der Stadt zu tarnen. Der Autor vermerkte trocken, „sich so viele Namen auszudenken, strapaziert die Fantasie ein wenig“³⁾.

Bis in die beginnenden 70er Jahre erschienen vereinzelt — von Anspruch und Qualität sehr verschiedene — Arbeiten zur Machtergreifungsphase einzelner Kommunen⁴⁾, und erst seit Mitte der 70er Jahre wurde das Thema zusehends beliebter⁵⁾. Trotz der vielen Veranstaltungen zum 50jährigen Gedenken der nationalsozialistischen Machtergreifung im Jahre 1983, das der Beschäftigung

mit dieser Phase der deutschen Geschichte weitere Anstöße brachte, ist die Reihe einschlägiger Arbeiten für den Freistaat Oldenburg ziemlich dünn: Lediglich für die Stadt Oldenburg und die Stadt Delmenhorst⁶⁾ liegen entsprechende Veröffentlichungen vor, die beide keine geschlossene Darstellung der Vorgänge bieten. Meyers Heft über Oldenburg enthält eine gegliederte und mit Einführungen versehene Zusammenstellung zeitgenössischer Zeitungsberichte und ist in erster Linie für den Schulgebrauch gedacht. Der Übergang von der Weimarer Republik in die nationalsozialistische Diktatur ist für das Oldenburger Münsterland und seine Städte und Gemeinden bisher nicht untersucht, was umso bedauerlicher ist, als aus den Forschungsergebnissen über agrarisch-katholische Gebiete Bayerns bekannt ist, welch geringe Reichweite der Nationalsozialismus in diesem Milieu entwickeln und wie sehr sich bodenständig-selbstbewußte Lokalpolitiker als spezifische Ausprägung eines (politischen) Katholizismus sozial verankert im kirchlichen Vereinswesen und im Brauchtum gegen das Regime behaupten konnten⁷⁾. Für die Erforschung der NS-Zeit im Oldenburger Münsterland bieten sich angesichts vergleichbarer Strukturen somit interessante Perspektiven.

Doch ist die historische Aufarbeitung der NS-Zeit auch aus anderen Gründen erforderlich, werden doch in der Öffentlichkeit bestimmte Interpretationen zur Geschichte dieser Zeit im Oldenburger Münsterland vertreten, ohne daß es für nötig gehalten würde, sich dafür um Belege aus den Quellen zu bemühen⁸⁾, und wird doch gerade die NS-Zeit als Instrument in der politischen Auseinandersetzung genutzt, wie sich im März/April 1985 in Cloppenburg beobachten ließ, als man dort über die Frage einer eventuell noch bestehenden Ehrenbürgerschaft Hitlers stritt⁹⁾. So bestätigte sich wieder einmal die bekannte Einsicht, daß an Legenden gestrickt wird, wo gesicherte Informationen fehlen.

Nun sind die Quellen durchaus nicht in wünschenswertem Umfang überliefert, weil kurz vor dem Einmarsch der Alliierten die relevanten Akten fast vollständig vernichtet worden sind, so daß der Cloppenburger Weg in die nationalsozialistische Diktatur hier lediglich in einem ersten Zugriff geschildert werden kann, indem weitgehend nach den Berichten der zeitgenössischen Presse die wichtigsten Linien der Entwicklung hervorgehoben und im Vergleich zu den Ereignissen in anderen Städten interpretiert werden.

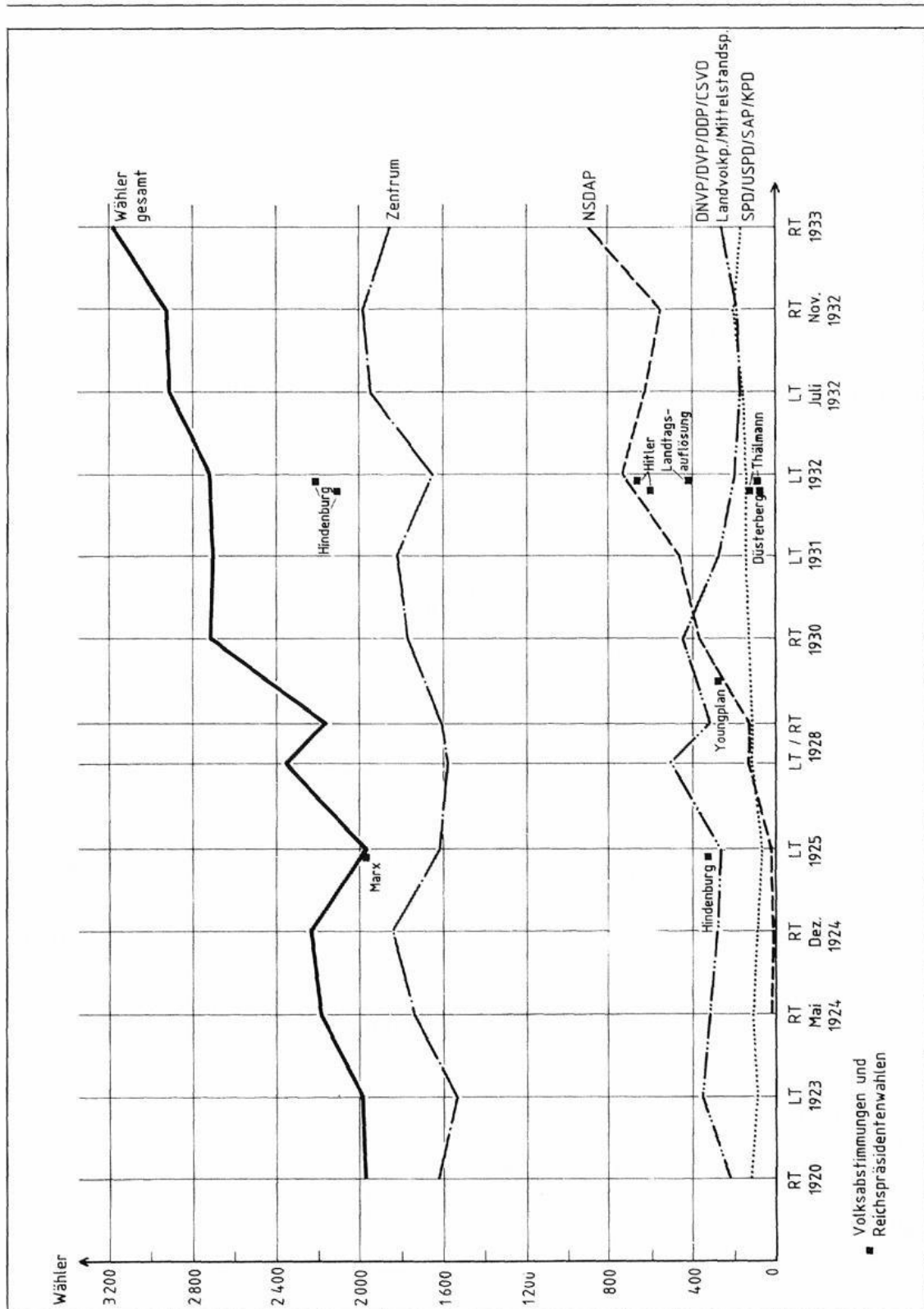
Für die Kommunen im Freistaat Oldenburg ergab sich insofern eine besondere Ausgangslage, als die Landtagswahl vom 29. Mai

1932 — zustande gekommen durch ein von Nationalsozialisten und Kommunisten eingebrachtes erfolgreiches Volksbegehren¹⁰⁾ — der NSDAP zwar nicht die absolute Mehrheit der Stimmen, aber doch die der Mandate gebracht hatte. Während die Nationalsozialisten landesweit 48,4 % der gültigen Stimmen gewinnen konnten, reichte es in der Stadt Cloppenburg nur zu 27,3 %, was gegenüber den 60,9 % der Zentrumspartei ein recht bescheidenes Ergebnis war. Aber immerhin waren die Nationalsozialisten mit fast einem Drittel der Stimmen zu einem ernst zu nehmenden politischen Faktor geworden, nachdem sie bereits in der Reichstagswahl von 1928 mit damals noch mageren 6,25 % hatten zweitstärkste politische Kraft in der Stadt werden können. Dies allerdings nur mit ganzen zwei Stimmen Vorsprung vor der Landvolkpartei¹¹⁾.

In den vielen Wahlen seit 1930 gelang es der NSDAP zunächst, weitere Wähler anzuziehen, doch machte sich nach dem Höhepunkt in der Landtagswahl 1932 noch im gleichen Jahr erste Enttäuschung bemerkbar. Die Stimmenzahl für die NSDAP sank von 740 bei der Landtagswahl am 29. Mai 1932 auf 638 bei der Reichstagswahl am 31. Juli und auf 563 in der Reichstagswahl am 6. November des gleichen Jahres. Innerhalb von gut fünf Monaten verlor die NSDAP nicht weniger als 24 % ihrer Wähler vom Mai! Erst die propagandistische Mobilisierung zur nicht mehr ganz freien Reichstagswahl vom 5. März 1933 ergab einen neuen Höchststand von 28,2 % für die NSDAP.

Die meist geannten Prozentanteile geben jedoch kein ganz zutreffendes Bild der Wahlentwicklung. Wie die absoluten Zahlen zeigen, blieb der „Zentrumsturm“, von den Nationalsozialisten unerschüttert. Die NSDAP konnte der Zentrumspartei kaum Wähler abjagen, sie saugte vielmehr die kleineren Parteien auf und profitierte von einer stärkeren Mobilisierung der Wähler und damit von der höheren Wahlbeteiligung.

Im Vergleich zu den Städten im Amt Vechta (Vechta und Lohne) war die politische Struktur Cloppenburgs trotz der auch hier übermächtigten Zentrumspartei etwas farbiger. Immerhin kamen 1928 die Rechtsbürgerlichen und die Landvolkpartei auf gute 20 % der Stimmen und in der letzten Reichstagswahl votierten noch fast 10 % der Stimmberechtigten für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, die der Deutschnationalen Volkspartei entsprach, und fast 5 % entschieden sich für die KPD. Für die politischen Verhältnisse im Oldenburger Münsterland — sieht man einmal vom Norden des Amtes Friesoythe ab — hatte die NSDAP seit der Landtags-/Reichstagswahl von 1928 eine vergleichsweise zahlrei-



Größenvältnisse politischer Milieus in Cloppenburg 1920-1933 (in absoluten Zahlen).

che Klientel. Die Ursachen können nicht hinreichend präzise angegeben werden, denn neben den allgemeinen Erklärungen, die auch für die Stadt Cloppenburg gelten, muß nach Besonderheiten in der politischen Struktur der Stadt gesucht werden. So fanden natürlich einige Protestwähler zur NSDAP, die nach der recht erfolgreichen Reichstagswahl vom September 1930 auch von gewissen Mitläufereffekten profitierte. Weiterhin zog die NSDAP in Cloppenburg Vorteile aus dem Zerfall der Landvolkpartei, die in den Städten Vechta und Lohne so gut wie keine Rolle gespielt hatte, und es wirkte sich in der Stadt sicherlich auch die von den Nationalsozialisten betriebene Politisierung des flachen Landes aus; denn in jedem kleinen Ort und sogar in den Bauerschaften hielt die NSDAP ihre Wahlversammlungen ab, die im Oldenburger Münsterland zwar wenig besucht, aber doch die Aktivität und Dynamik der „Bewegung“ unter Beweis stellten.

Aber es können noch weitere Gesichtspunkte zur Erklärung des relativen Erfolges der NSDAP in Cloppenburg genannt werden. So war anscheinend schon vor der Reorganisationsphase der Partei, die 1925 nach Hitlers Entlassung aus der Haft in Landsberg begann, in Cloppenburg eine kleine Zahl völkisch Gesinnter vorhanden. Darauf weisen die 16 Stimmen für die Völkischen in der Reichstagswahl von 1924 hin. In Nordoldenburg hatten die Völkischen einigen Zulauf¹²⁾, im Oldenburger Münsterland läßt sich ein wenn auch kleiner Anhang lediglich in den Städten feststellen sowie in den Gemeinden Barßel und Elisabethfehn im Amt Friesoythe. Dieser kleine völkisch-nationalistische Trupp dürfte den aktivistischen Kern der sich seit Ende der zwanziger Jahre formierenden NSDAP abgegeben haben, die 1928 ihre ersten öffentlichen Versammlungen in der Stadt abhielt. Allerdings traten 1928 lediglich drei Cloppenburger in die NSDAP ein¹³⁾, obwohl die Partei bereits 133 Wähler gewinnen konnte. Den Wählern in Stadt und Amt Cloppenburg kam die NSDAP auch dadurch entgegen, daß sie bereits 1931 einen Cloppenburger als Landtagskandidaten aufstellte, den Maler Niehaus und 1932 noch zusätzlich den Landwirt Vorwerk aus Westeremstek. Auf der NSDAP-Liste waren aus dem Oldenburger Münsterland lediglich noch zwei weitere Kandidaten, ein Kaufmann aus Ramsloh und ein Landwirt aus Sevelten¹⁴⁾. Niehaus wurde im Mai 1932 tatsächlich in den Oldenburger Landtag gewählt. Er scheint aber nicht besonders hervorgetreten zu sein. Dafür spricht auch ein Leserbrief in der Münsterländischen Tageszeitung zu einer Wahlveranstaltung der Zentrumspartei 1931 mit dem Reichstagsabgeordneten August Wegmann. Dort hieß es:

„Wir werden uns an der Politik des Kanzlers Brüning orientieren und nicht an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, auch dann nicht, wenn sie uns Herr Maler Niehaus als Vertreter unserer Interessen präsentiert. Leider hat dieser einzige nationalsozialistische Landtagskandidat des Münsterlandes am Freitagabend, obwohl er in der Versammlung zugegen war, nicht die Gelegenheit ergriffen, vor der großen Versammlung sein Programm zu entwickeln. Wir wären sehr gespannt darauf gewesen.“¹⁵⁾

Ein dritter Gesichtspunkt ergab sich daraus, daß Cloppenburg in der sogenannten Münsterlandhalle, dem größten Bau des Oldenburger Münsterlandes, über einen großen Versammlungsraum verfügte und somit über die Voraussetzung für den von den Nationalsozialisten mit Geschick gehandhabten neuen Typus politischer Veranstaltungen, für die Massenversammlungen. Hitler selbst hat sogar zweimal in der Münsterlandhalle gesprochen, nämlich am 14. Mai 1931 und am 26. Mai 1932¹⁶⁾, jeweils im oldenburgischen Landtagswahlkampf. Beide Male inszenierten die Nationalsozialisten ihr Versammlungsspektakel mit Musik, Einmarsch der uniformierten SA mit Fahnen, was damals weithin imponierte, oft auch denjenigen, die den Nationalsozialismus ablehnten. Den Gegensatz in Stil und Ablauf politischer Veranstaltungen von NSDAP und Zentrumsparlei beschrieb die Münsterländische Tageszeitung im Mai 1931, indem sie zwei „Stimmungsbilder“ zeichnete, einmal von der Hitlerversammlung und einmal von einer Zentrumsveranstaltung mit der Reichstagsabgeordneten Helene Weber¹⁷⁾. Die hervorstechenden Merkmale der Hitler-Versammlung wurden gesehen in Trommelwirbel, Kommandorufen, Motorengeknatter, im kriegerischen Gehabe ziehenden Volkes, das zu einer Art Zirkusvorstellung zog, in den gellenden Tönen überlasteter Lautsprecher, aus denen zwei Stunden lang ausgeleierte Phrasen auf mitgebrachtes Publikum, Sensationslüsterne und Neugierige herniederhagelten, bis wiederum unter Kommandorufen, Motorenlärm und „zum fremdländischen Grube gereckte(n) Naziarme(n)“ der Spuk sich wieder entfernte. Demgegenüber blieb die Zentrumsversammlung „ohne jegliche keilende Aufmachung“, die herbeiströmenden Scharen führte „bewährte Treue und ernste Auffassung der gegenwärtigen Lage zusammen“, und Frau Weber wußte „mit der ungemachten Wärme ihres politischen Herzens die Herzen der Tausenden für ihre Politik“ zu gewinnen¹⁸⁾. Wenn die Nationalsozialisten in vielem auch zutreffend beschrieben wurden, so zeigten der ironisierende Stil

und die vereinfachende Kennzeichnung der Zuhörer als „Neugierige und Sensationslüsterne“ doch auch die Unterschätzung des politischen Phänomens, das die NSDAP darstellte. Vor der Hitler-Veranstaltung marschierten etwa 600 Uniformierte durch die Stadt und nicht weniger als 7000 Zuhörer fanden sich ein. Wenn ein Berichterstatter dann feststellte, Hitler sei selbst „kein nordischer Mensch“, er schlage „sich mit seiner eigenen Rassetheorie“, und wenn Besucher äußerten, Hitler habe nicht viel gesagt, hätte man das gewußt, wäre man nicht gekommen, oder wenn prognostiziert wurde, daß keine 25 % der Leute wiederkämen, redete Hitler in 14 Tagen noch einmal, so war das auch nicht der Versuch einer Analyse. Als Hitler dann am 27. Mai 1932 wiederkam, erwies sich erneut seine Anziehungskraft. Es kamen über 5.000 aus Cloppenburg und dem näheren und weiteren Umland¹⁹⁾.

Natürlich waren die Besucherzahlen allein nicht aussagekräftig über den tatsächlichen Zulauf zu den Nationalsozialisten. Als Reichskanzler Brüning am 10. Mai 1932 in Cloppenburg sprach, kamen über 10.000 Menschen, um ihm zuzuhören. Zur Begrüßung Brünings spielte eine Musikkapelle und „ein gewaltiger Jubel“ brach los, als der Reichskanzler durch die spalierbildende Menge schritt, und als er die Halle betrat „wollte der Jubel und die Begeisterung . . . kein Ende nehmen“.

Dr. Alwin Reinke, der Vorsitzende der Oldenburgischen Zentrumspartei, der die Versammlung eröffnete, betonte denn auch, daß er dies „bei dem zurückhaltenden Charakter der Oldenburger nicht erwartet hätte“²⁰⁾. Es war überhaupt „die glänzendste Versammlung dieser Art“, die Reinke je in seiner langjährigen Tätigkeit als Parteivorsitzender geleitet hatte²¹⁾. Aber man mußte sich doch fragen, ob es eine durchzuhaltende Alternative war, aus einer politischen Veranstaltung „belehrt und beruhigt“ nach Hause zu gehen, wie ein Kommentator in der Münsterländischen Tageszeitung schrieb.

Zwischen 1930 und 1933 hatten die Wähler in Cloppenburg nicht weniger als 12 Wahlentscheidungen zu treffen, siebenmal allein im Jahre 1932, denn neben den beiden Reichstagswahlen und der Landtagswahl gab es zwei Wahlgänge in der Reichspräsidentenwahl, einen „Volksvorschlag“ zur Auflösung des Oldenburgischen Landtages und eine „Volksabstimmung“ über die Auflösung des Oldenburgischen Landtages. Dazu kamen die Reichstagswahlen von 1930 und 1933, die Landtagswahlen 1931 und die Kommunalwahl im Jahre 1930, die in der Stadt Cloppenburg 1931 wiederholt werden mußte. Für Agitation und Propaganda war also mehr als

genug Gelegenheit gegeben und auf diesem Gebiet hatten die Nationalsozialisten wirklich Neues zu bieten. Das galt für ihre flächendeckende Aktivität, für ihre neuen Methoden der Massenbeeinflussung und für die Brutalität und Häme bei der Beschimpfung und Verunglimpfung der politischen Gegner. Zunächst fällt auf, daß die NSDAP auch überall dort Veranstaltungen abhielt, wo sie sich eigentlich als chancenlos einstufen mußte. So fiel im Mai 1932 in Friesoythe eine NSDAP-Versammlung wegen Mangels an Beteiligung aus, in Hemmelte kamen ganze sechs Zuhörer, davon noch zwei aus Nachbargemeinden, als ein 25 Jahre alter Herr aus Osnabrück über Streichung der Schulden und Steuern sprach. In der Zeitung schrieb der Ortschronist: „Für solchen Blödsinn hat Hemmelte und das ganze Münsterland wirklich kein Verständnis“. Zu einem Deutschen Tag — es sprach der Oldenburgische Minister Spangemacher — in den Böhrener Tannen im Juli 1932 zogen 100 SA-Leute mit klingendem Spiel durch die Stadt Cloppenburg und auf Lastwagen hatte man weitere 100 Teilnehmer aus dem Artland herangefahren. Daß die tatsächliche Zustimmung zu den Nationalsozialisten breiter war als die Teilnehmerzahlen an ihren Veranstaltungen auswiesen, zeigt ein Bericht aus Markhausen. Dort kamen auch 22 Zuhörer zu einer NS-Versammlung, aber die NSDAP hatte bei der Wahl über 100 Stimmen bekommen, d.h. nicht alle die der NSDAP zuneigten, gaben sich öffentlich zu erkennen.²²⁾

Aber es gab natürlich auch außer den Hitlerkundgebungen NS-Veranstaltungen, bei denen viel Volk zusammenlief, wenn z. B. der neue nationalsozialistische Oldenburgische Ministerpräsident Röver sprach, der erst einmal sein Jackett auszog und dann entsprechend loslegte und etwa in Emstek den Vikar Morthorst als Lumpen und Schuft beschimpfte und das, was die Bischöfe über den Nationalsozialismus geschrieben hatten, als „erlogen und erstunken“ bezeichnete. Die Zentrumsparterie nannte er eine „Sauludergesellschaft“, die „gehängt werden“ müsse, und er drohte: „Diese Schweinehunde kommen an den Ast, wo die Krähen sie fressen mögen . . . Der Weg nach Moskau geht durch die Zentrumsparterie. Diese Burschen müssen gehängt werden; wenn erst einige Hals und Kragen verloren haben, dann werden wir die anderen allmählich zur Raison bringen“.

Solche Worte waren — milde ausgedrückt — für einen Oldenburgischen Ministerpräsidenten unerhört, und wer sein Spektakel haben wollte, kam bei solchen Gelegenheiten auch auf seine Kosten. Freilich waren dies, selbst wenn man es nicht glauben

wollte, politische Aussagen, es war der neue Stil der Nationalsozialisten, Politik zu machen. Sie schreckten bekanntermaßen vor der Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung nicht zurück, ein typisches Kennzeichen faschistischen Verhaltens. Sogar in Cloppenburg kam es zu einer politisch motivierten Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. „Unsere Stadt erlangt Weltruf“ kommentierte die Münsterländische Tageszeitung die Radionachricht über den einzigen Zusammenstoß während der Landtagswahl vom 29. 5. 1932, als „Nazis die Kozis“ beim Überkleben ihrer Plakate überrascht hatten und es zu einer Prügelei kam²³⁾.

In der sich wandelnden politischen Szene in Stadt und Amt Cloppenburg richtete sich das politische Interesse wahrscheinlich nicht einmal in erster Linie auf die Nationalsozialisten. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums entfalteten die Kommunisten „besonders in der Stadtgemeinde Cloppenburg“ ebenfalls ungewöhnliche Aktivität. Man berief häufig Versammlungen ein und brachte Mengen von Flugblättern unter die Leute und versuchte sich auch mit einem öffentlichen Umzug, der jedoch mangels Beteiligung ausfiel. „Anscheinend wagte hier niemand an dem Umzug teilzunehmen“, lautete die Einschätzung des Amtes Cloppenburg. In Scharrel verband die KPD eine politische Versammlung zum Thema „Wer zeigt den Arbeitern und Bauern den Weg aus dem Elend“ mit einer Schauausstellung über den § 218 des Strafgesetzbuches. Insbesondere wollte die KPD über den auch in Cloppenburg existierenden Erwerbslosenausschuß Fuß fassen. Die Fluktuation zwischen den politischen Extremen zeigte sich, als ein kommunistisches Plakat von einem ehemaligen Nationalsozialisten unterzeichnet war²⁴⁾.

In der politischen Mitte versuchte sich der Christlich-Soziale Volksdienst als evangelische Partei zu etablieren und die Wählerstimmen der Protestanten auf sich zu vereinigen. Allerdings hielt sich diese neue Partei für die Mitte für „zu radikal, zu wurzelhaft, zu echt, zu grundsätzlich, zu jung, zu lebensstark und zu spannungsvoll, zu wenig ausgleichend und gar nicht zum händlerischen Kompromiß geneigt“²⁵⁾.

Als enfant terrible unter den politischen Gruppierungen wurde am ehesten wohl noch immer die Landvolkpartei angesehen, deren in Cloppenburg erscheinendes Presseorgan „Das Landvolk“ im Oktober 1931 für kurze Zeit verboten wurde, weil es mehrfach zum Boykott gegen Käufer von Bauernhöfen aufgerufen hatte, die zur Zwangsversteigerung anstanden. So war im „Landvolk“ vom

20. 3. 1931 zu lesen, daß die Zeit nicht mehr fern sei, „wo man über verhungerte Beamtenleiber kaltlächelnd hinweggeht.“ Die Zeitung hatte darüber hinaus gegen die Polizei gerichtete falsche Berichte über NSDAP-Versammlungen gebracht. Der Anmeldepflicht politischer Versammlungen hatte man sich z. T. dadurch entzogen, daß man entsprechende Zusammenkünfte schlicht als „Besprechung“ oder „Unterhaltung“ bei einem Glas Bier deklarierte, so z. B. als das „Junglandvolk“ in Emstek und Cloppenburg gegründet werden sollte. Am 31. 8. 1931 berichtete das Amt Cloppenburg an das Ministerium des Innern, daß aus den Artikeln in der Landvolkzeitung zu entnehmen sei, daß „demnächst die Ziele mit illegalen Mitteln durchzusetzen versucht werden soll“. Unter Hinweis auf die Erfahrungen des Jahres 1928²⁶⁾ berichtete das Amt Cloppenburg weiter, daß derartige Äußerungen geeignet seien, „das größte Unheil unter der Landbevölkerung anzurichten. Sie dürfen in ihrer Wirkung . . . nicht mit gelegentlichen Äußerungen der nationalsozialistischen und kommunistischen Presse verglichen werden. Jedenfalls ist die systematische Zersetzung der bodenständigen Bauernbevölkerung für den Kampf des Staates um seine Existenz im kommenden Winter besonders bedenklich“²⁷⁾. Im übrigen boten die Spalten der Landvolkzeitung den Nationalsozialisten ein Forum und die politische Prinzipienlosigkeit der Partei wurde nur zu sichtbar, als vor der Reichspräsidentenwahl in einem Fenster des Geschäftslokals der Landvolkzeitung zwei große Plakate für Hindenburg, in einem anderen Fenster zwei für Düsternberg und in einem dritten Fenster das Plakat für Hitler zu sehen war²⁷⁾.

Im Vergleich zu den bisherigen Verhältnissen trafen die neuen Entwicklungen in der Stadt Cloppenburg auf eine nicht sonderlich ausgeprägte politische Struktur. Während zu Landtags- und Reichstagswahlen die Zentrumspartei geschlossen auftrat, war dies bei den Kommunalwahlen keineswegs der Fall. Dann stellten nicht die Parteien Kandidaten auf, sondern es gab Listen, die teilweise ganz ungewöhnliche Bezeichnungen trugen, teilweise schlicht unter dem Namen der Listenführer firmierten. Zur Kommunalwahl 1930 waren z. B. eine „Arbeiterliste Cloppenburg Kraependorf“, eine „Liste Einigkeit“, eine Liste „Hie Cloppenburg, Stadt und Land“ eingereicht worden. In Lastrup gab es eine „Kleinbürgerliche Wahlgemeinschaft“ und auch eine Liste „Einigkeit“. Überhaupt scheint man aus den Kommunalwahlen die Politik hat heraushalten wollen. Wer seine politischen Interessen zu deutlich artikulierte, machte sich unbeliebt. Das wird sicht-

bar in einem Artikel in der Münsterländischen Tageszeitung, in dem es hieß: „Erfreulicherweise sind bei dieser Wahl öffentliche Versammlungen und auch Zeitungskämpfe, die meist sehr üblen Beigeschmack haben, unterblieben. Aber im letzten Augenblick verbreitet das Beamtenortskartell Cloppenburg einen Brief, der schwere Vorwürfe gegen die schaffenden Berufe, gegen Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft, die sich auf der Liste ‘Einigkeit’ zusammengefunden haben, richtet“²⁸⁾. So zeigt sich, was die Namen der Listen bereits vermuten ließen: Es handelt sich um Standes- und Berufslisten, über die Interessenwahrnehmung und Interessenausgleich einfacher erschienen, als über die politischen Parteien. Anders ausgedrückt, das kommunale Parteiensystem steckte noch in einer vorpolitischen Phase, der Interessenausgleich in einer sozialen Integrationspartei wie beispielsweise der Zentrumspartei schien nicht so erfolversprechend und scheiterte ja auch hie und da, wie wir aus einigen Großstädten wissen. Bei den Rathausparteien der Großstädte machte sich gegen Ende der Weimarer Zeit eine immer stärkere Entpolitisierung bemerkbar. Die reinen Interessenparteien erhielten stärkeren Zulauf und machten zum Teil mit entlarvenden Slogans auf sich aufmerksam. So machte eine örtliche Mittelstandspartei mit Propagandawagen Reklame, auf denen zu lesen war „Weil wir ganz parteilos sind“²⁹⁾. Die hellstichtigen Geister der Zeit, wie der katholische Publizist Pater Muckermann S. J., stemmten sich dieser Entwicklung entgegen. Muckermann schrieb: „Der Teufel pfeift wie weiland der Rattenfänger von Hameln die Narren zusammen und singt ihnen das Liedlein vor: ‘Politik gehört nicht aufs Rathaus’. Aber was gehört dann überhaupt noch aufs Rathaus, wenn nicht die Politik?“³⁰⁾. Diese allgemein in der Kommunalpolitik zu beobachtende Entpolitisierungstendenz hemmte in Kleinstädten, deren kommunale Parlamente äußerlich noch unpolitisch erschienen, sogar den weiteren Fortgang einer Politisierung, was natürlich nicht etwa hieß, daß es keine Interessenaueinandersetzungen gab. Im Gegenteil wurden die Konflikte hinter den Kulissen möglicherweise mit umso härteren Bandagen ausgetragen, was sich auch aus der Bemerkung des Beamtenortskartells ergibt, „in mühevollen Verhandlungen“ sei es gelungen, die Beamtenvertreter an aussichtsreichen Stellen der Listen „Hie Cloppenburg, Stadt und Land“ und „Krapendorf“ zu plazieren³¹⁾. Beim Austragen der Interessenkonflikte fehlte ja zum guten Teil das Regulativ der Presse. Öffentlichkeit — sieht man einmal davon ab, daß die Theke auch eine, allerdings begrenzte Form der Öffentlichkeit darstellt — der

politischen Diskussion gab es nicht. Und es fehlte vor allem das integrative Element der Einordnung politischer Einzelfragen in ein, mindestens vom Anspruch her, Konzept von politischer Gestaltung, das in der Regel nur politische Parteien bieten können.

Ohne ihre politische Herkunft zu kennzeichnen — die aber natürlich in einer Kleinstadt wie Cloppenburg mit damals 5.800 Einwohnern jedermann bekannt war — trat zur Kommunalwahl 1930 auch eine nationalsozialistische Liste an — und wurde ausmanövriert. Der Wahlvorschlag der 'verdeckten' Nationalsozialisten war fünf Minuten vor Ablauf der Frist beim Wahlvorstand eingereicht worden, die dazugehörige Unterschriftenliste der Unterstützer des Wahlvorschlages erst zehn Minuten nach Ablauf der Frist. Der Wahlvorstand hatte die Liste deshalb und aus anderen kleineren formalen Mängeln nicht zugelassen, worauf die Betroffenen vor Gericht zogen und im zweiten Anlauf vor dem Obergericht in Oldenburg recht bekamen. Die Kommunalwahl wurde für ungültig erklärt und mußte wiederholt werden³²⁾. Das war zweifellos ein Prestigeerfolg für die Nationalsozialisten. Die Wiederholungswahl fand am 3. Mai 1931 statt, die Liste der Nationalsozialisten erhielt drei Sitze von 15 und wurde damit, wenn man den Begriff gebrauchen will, zweitstärkste 'Fraktion', die stärkste Gruppe hatte vier Sitze. Die nationalsozialistische Liste hatte 17 % der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten.

Faktisch war den Nationalsozialisten noch weit mehr gelungen, nämlich eine Veränderung der kommunalen politischen Konstellation in Cloppenburg. Zur Wiederholungswahl waren nicht mehr nur vier Listen zugelassen wie 1930, sondern neun. Die Integrationsliste „Hie Cloppenburg, Stadt und Land“ war nicht wieder zustande gekommen. Ihre Kandidaten standen nun auf einer „Bürgerliste“ und zwei weiteren Namenslisten; ebenso hatten sich die Kandidaten der Liste „Krapendorf“ von 1931 aufgespalten, während die Liste „Einigkeit“ unter gleichem Namen wieder antrat und ebenfalls einen ehemaligen Krapendorfer aufgenommen hatte. Soweit die Berufsangaben der Kandidaten eine weitere Interpretation zulassen, kann mit einiger Vorsicht geschlossen werden, daß die sich bei der Kommunalwahl 1930 noch abzeichnende Interessenintegration zwar nicht in Parteien vollzog, aber doch in Listen, denen für die kommunale politische Szene parteiähnliche Funktionen zugeschrieben werden können. Doch zur Wiederholungswahl bei inzwischen verschärften wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatte sich dieser Prozeß wieder umgekehrt.

Der Versuch, eine Einheitsliste zustande zu bringen, war fehlgeschlagen³³⁾, es gab nur Interessen- und Lokallisten, unter denen man mit einiger Einschränkung die 'verdeckten Nationalsozialisten' als einzig *politische* Liste ansehen kann. Ein zweiter Effekt der Wiederholungswahl war eine Abnahme der Wahlbeteiligung von knapp 62 % (1930) auf etwa 57 % (1931) und erhebliche Stimmeneinbußen für die Listen „Einigkeit“ und die Nachfolgelisten von „Hie Cloppenburg, Stadt und Land“. Die NSDAP-Liste hatte mit 331 Stimmen die Reichstagswahlergebnisse vom September 1930 zwar nicht ganz erreichen können (371 Stimmen), aber für eine Kommunalwahl doch eine erstaunlich hohe Annäherungsquote an das Reichstagswahlergebnis erreicht, bei einer Reichstags-Wahlbeteiligung von immerhin 78,6 %.

Noch auf andere Weise machten die Nationalsozialisten von sich reden, als sie nämlich die Verpachtung der Markthalle für eine Veranstaltung ihrer Partei beantragten, und zwar für einen Termin, an dem die Halle nachmittags ab 16 Uhr schon an die Zentrumspartei vergeben war. Die NSDAP wollte die Halle von 11.30 Uhr bis 14.30 Uhr nutzen. Das Manöver selbst war allzu durchsichtig, denn als Brüning in Cloppenburg sprechen sollte, wollte die NSDAP den Marktplatz pachten — um die Versammlung zu stören — wie sicher nicht zu unrecht vermutet wurde, denn der Zustrom zur Brüningversammlung war so groß, daß längst nicht alle Interessenten in der Halle Platz fanden. Das Ziel wird aber wohl auch gewesen sein, vom Zulauf zu den Zentrumsversammlungen durch die zeitliche Nähe zu profitieren. Mancher von auswärts angereiste Besucher hätte dann eben auch noch gleich bei den Nazis hereinschauen können und sei es nur zum Zeitvertreib bis der nächste Zug ging.

Der Magistrat hatte dem Ersuchen der NSDAP stattgegeben mit der einleuchtenden Begründung, die Verhinderung von Zusammenstößen sei Sache der Polizei. Doch war von fünf Stadtratsmitgliedern eine Sondersitzung des Stadtrats und des Magistrats gefordert worden, auf der die politische Unbeholfenheit eines Teils der Stadtratsmitglieder nur zu deutlich wurde, was angesichts der oben geschilderten politischen Verhältnisse nicht allzu sehr verwundern mag. Es lohnt sich, die vorgebrachten Argumente wenigstens zum Teil wiederzugeben. Man sprach sich gegen die Überlassung der Halle an die NSDAP aus pragmatischen Gründen aus (die Zeitspanne zwischen den Versammlungen sei zu kurz, es könnte Reibereien geben und es kämen „ortsfremde Leute“ zur NSDAP-Versammlung). Es wurde aber auch argumen-

tiert, die NSDAP sei „ein Gegner unserer Weltanschauung“, man fragte, was soll geschehen, „wenn demnächst die Kommunisten in der Halle eine Versammlung abhalten wollten“, und man bedauerte, daß die Parteipolitik auf diese Art in den Stadtrat hineingetragen würde. Es fielen aber auch politische Argumente, wenn erklärt wurde, „man müsse nicht glauben, daß man durch solche Maßnahmen die Partei unterdrücken könne“ und man könne „mit solchen Sachen die NSDAP nicht wirksam bekämpfen, sondern nur durch Aufklärung über unsere Ziele“. Im Magistrat war man sich offenbar der besonderen Bedingungen, die bei NSDAP-Versammlungen herrschten, durchaus bewußt, denn zu den Auflagen für die Vermietung gehörte, daß die bei der NSDAP übliche Ankündigung „Juden haben keinen Zutritt“ zu unterbleiben hätte. Natürlich hielten sich die Nationalsozialisten nicht an diese Auflage. Ein Stadtratsmitglied hatte in der Diskussion um die Vermietung fast prophetisch gefragt, ob etwa „eine rein nationalsozialistische Stadtvertretung der Zentrumspartei eine städtische Halle zu einer großen Versammlung vermieten würde“³⁴.

Wiewohl die Frage der Hallenvermietung ein vom Gehalt der Angelegenheit her nicht sonderlich wichtiger Fall ist, wurden doch die Konturen der neuen Probleme in der kommunalpolitischen Szene deutlich. Die Städte und Gemeinden standen in der ausgehenden Weimarer Zeit vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, was für die Arbeit der politischen Vertretungen starke Spannungen mit sich brachte, die etwa in Cloppenburg noch dadurch verschärft wurden, daß aufgrund der ‘vorphysischen’ Struktur der Kommunalvertretung es nicht die Einigungszwänge gab, denen sich starke Fraktionen ausgesetzt sehen. So war es den Nationalsozialisten leicht gemacht, auch mit nebensächlichen Fragen Zwietracht zu säen und Prestigeerfolge einzuheimen, indem man Räumlichkeiten einklagte — übrigens gab es ähnliche Konflikte auch in anderen Städten wie z. B. in Münster³⁵ — und diese dann auch noch durch präzise Organisation, sogar im Herbeischaffen der Besucher, zu füllen vermochte.

Die sogenannte Machtergreifung, d. h. die Ernennung Hitlers zum Chef einer auf das Vertrauen des Reichspräsidenten gestützten Regierung, schien zunächst so große Folgen für die Kommunen mit starken nicht-nationalsozialistischen Mehrheiten gar nicht zu haben. Doch gelang es der NSDAP in außerordentlich kurzer Frist, sich Staat und Gesellschaft zu unterwerfen. Die Mittel dazu waren Zwänge und Drohungen einerseits, Feiern und Massenspektakel andererseits. Wenn bereits für den 5. März Neuwahlen zum

Reichstag ausgeschrieben wurden, so sollten es für lange Zeit die letzten Wahlen sein, deren Zweck nach Aussage führender Nationalsozialisten nur die Bestätigung der Regierung Hitler sei. So erklärte der NS-Ministerpräsident Röver am 19. Februar in Delmenhorst unter anderem, „auch wenn der allmächtige Gott ihr (der NSDAP) am 5. März nicht gnädig sei, werde Hitler seinen Kanzlerposten nicht verlassen. Wenn ein paar Prozent fehlen, dann werden wir darauf pfeifen und die Macht nicht wieder aus den Händen geben“³⁶⁾. Nun kam die NSDAP in Cloppenburg im Zuge einer propagandistisch entfachten Aufbruchstimmung zwar auf einen Stimmanteil an 28,2 %, aber das lag noch weit unter dem — für die NSDAP enttäuschenden — Reichsdurchschnitt von 43,9 %. Man war von der Mehrheit weit entfernt, trotz der auch im Oldenburger Münsterland laufenden Gleichschaltungswelle, in der sich Stimmen einer Opposition nicht mehr bemerkbar machen konnten, da die Presse in der Regel seit Anfang Februar 1933 unter Zensur stand; seit Montag, dem 6. 2., war in Oldenburg eine Presseüberwachungsstelle eingerichtet worden³⁷⁾.

Die Cloppenburgener NSDAP war trotz ihrer organisatorischen Leistungen bei der Vorbereitung und Abwicklung der z. T. groß aufgezogenen Versammlungen zur Zeit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ein bescheidenes Häuflein von 33 Leuten, von denen allein 22 arbeitslos waren³⁸⁾. Diese beiden Zahlen machen auch deutlich, welches Ansehen die NSDAP in der Stadt genoß. Sie war eine Außenseiterpartei, in der sich einesteils wirklich arme Leute fanden, andernteils einige ins völkische Gedankengut verbohrt und letztlich einige, die aus anderen Gründen Kompensationsmöglichkeiten benötigten³⁹⁾.

Die „Gleichschaltung“ betraf sehr bald auch die kommunalen parlamentarischen Vertretungen. In Preußen waren durch eine Verordnung vom 4. Februar 1933 alle kommunalen Parlamente aufgelöst und Kommunalwahlen für den 12. März festgesetzt worden, die in einer Reihe von Städten zu NSDAP bzw. NSDAP-DNVP Mehrheiten führten. Damit war für etwa zwei Monate die Selbstverwaltung allein auf das kommunale Beamtentum gestützt und die Beamten wurden reihenweise entlassen und ersetzt. Innerhalb kürzester Frist waren 70 Oberbürgermeister beurlaubt oder ihrer Ämter enthoben worden und in 12 Großstädten war die gesamte Verwaltungsspitze ausgetauscht worden. Im Freistaat Oldenburg erließ das Staatsministerium am 9. März eine Verordnung, nach der in den Kommunen die Gemeindebeamten ihrer Ämter enthoben und durch Staatskommissare ersetzt werden konnten,

„solange es das Staatsministerium zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung . . . für erforderlich“ hielt. Seit Mitte März wurden in den Städten, Gemeinden und Amtsverbänden viele Gemeindevorsteher, Magistratsmitglieder und Mitglieder von Amtsvorständen per Anordnung des Staatsministeriums ihrer Ämter enthoben und durch Nationalsozialisten ersetzt, so auch der Cloppenburgener Bürgermeister Dr. Heukamp am 5. April 1933 als Mitglied des Amtsvorstandes des Amtes Cloppenburg, ebenso wie die Amtsvorstandsmitglieder Kühling (Emstek), Stratmann (Löningen) und Böckmann (Essen). Statt ihrer wurden beauftragt Hinrichs (Cloppenburg), der NSDAP-Landtagsabgeordnete Vorwerk (Westeremstek), Nienaber (Augustenfeld) und Berssenbrügge (Groß Roscharden). Zum gleichen Zeitpunkt wurden in der Stadt Cloppenburg die Magistratsmitglieder Meyer, Wichmann und Schewe von der Ausübung der Ämter als Mitglieder des Stadtmagistrats ausgeschlossen und an ihrer Stelle drei Nationalsozialisten ernannt, von denen einer gleichzeitig als stellvertretender Bürgermeister eingesetzt wurde⁴⁰. Es handelte sich um zwei der in der Kommunalwahl von 1931 gewählten NSDAP-Leute und einen weiteren, der auf der gleichen Liste kandidiert hatte, aber nicht zum Zuge gekommen war.

Durch das Gleichschaltungsgesetz vom 31. März 1933 („Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“) wurden die Länder- und Kommunalparlamente aufgelöst und nach dem Ergebnis der Reichstagswahl nach von den Parteien eingereichten Wahlvorschlägen neu zusammengesetzt. Jedoch wurde die Durchführung dieses „Gleichschaltungsgesetzes“ in Oldenburg wegen der im Rahmen der Oldenburgischen Gemeindereform anstehenden Neuabgrenzung von Städten und Gemeinden mit Zustimmung des Reichsinnenministeriums zunächst verschoben. Die Kommunalvertretungen durften bis zu ihrer Neubildung jedoch nur mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden zusammentreten, die nur erteilt wurde, „wenn der Beratungsgegenstand, über den Beschluß zu fassen ist, einen Aufschub nicht duldet“. Damit war eine Art Schwebезustand eingetreten, in dem die kurz vor der Auflösung stehenden Kommunalparlamente den von der NS-Staatsregierung in Oldenburg neu eingesetzten NSDAP-beherrschten Magistraten gegenüberstanden. In diesem — soweit es die Kommunalparlamente betraf — Machtvakuum, ergaben sich für die Nationalsozialisten Aktionsmöglichkeiten, die je nach Geschick und Fähigkeit für die machtpolitischen Ziele der Partei genutzt werden konnten. Gleichzeitig lief in der Stadt Cloppen-

burg der Prozeß einer Art Zwangspolitisierung des Stadtrates ab, denn die parteipolitisch gebundenen Mitglieder der bisherigen Interessenlisten mußten sich nun zur Aufstellung einer Nominierungsliste in ihrer jeweiligen Parteiorganisation zusammenfinden. Das alles ging mit ungeheurem Tempo vor sich. Am 15. Mai wurde bekannt, daß die Wahlvorschläge bis zum 24. Mai abends einzureichen waren. Von den 16 Sitzen im Stadtrat wurden der Zentrumspartei zehn, der NSDAP fünf und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot einer zugeteilt. Damit war die NSDAP rein von der Mehrheitsbildung her gesehen immer noch nicht am Ziel, doch war dies im Moment auch nicht so bedeutsam, denn bedingt durch die Gemeindereform fand die erste gemeinsame Sitzung des neuen Stadtrats erst am 16 Juni 1933 statt.

Schlägt man in deutschen Zeitungen vom 2. Mai 1933 nach, so wird durchweg ein stimmungsvoll-süßliches Bild des Frühlings im „Neuen Deutschland“ gezeichnet. Ganz offensichtlich war die Presselenkung innerhalb kurzer Zeit nach Errichtung des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ (Kabinettsbeschuß vom 11. 3. 1933) schon ziemlich perfekt. Nach der Inszenierung eines nationalen Theaters mit dem sogenannten „Tag von Potsdam“ am 21. 3. 1933, der seine Wirkung durchaus nicht verfehlte, war die Erklärung des 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ der nächster Theatercoup. Es lohnt sich, die wohl auf entsprechenden Vorgaben beruhenden Eingangszeilen des Artikels der Münsterländischen Tageszeitung vom 2. Mai zu zitieren. Dort hieß es: „Maienstimmung lag über Deutschem Land und umfing mit ihrem Zauber Deutsches Volk und zog Deutsche Seele in ihren Bann. Von fern her schlug eine Nachtigall und preßte jubelnd Maienlieder aus der kleinen Brust. Frohbeschwingt schlug das Herz der Natur. Singend und frohlockend klang es durchs Gemüt. Der Mai des Deutschen Volkes ist gekommen. So verkündete der Volkskanzler Adolf Hitler gestern Abend durch das Radio dem Deutschen Volke. Der Frühling ist über Deutsche Lande hereingebrochen. Wie jedes Jahr der Wechsel zwischen Winter und Frühling gleich einer Revolution, gleich einem Umsturz wirkt, den der Mensch, da er sich, weil alljährlich, daran gewöhnt hat, nicht mehr als einen solchen empfindet, so geht im Deutschen Volk ebenfalls eine Revolution, ein Umsturz vor. Der Frühling steht mitten in seiner gewaltigen Entfaltung. Der Winter ist gewichen. Der Kurs geht zu neuen Wegen . . . Der Tag der nationalen Arbeit sollte ein Tag der Deutschen Arbeit und deren Träger, der Deutschen Volksgemeinschaft werden. So wollte es die Regierung.“

Und so ist es geworden. Auch in unserer Stadt . . .,⁴²⁾
Der Wunsch der Regierung war nur zu deutlich artikuliert worden. Vom Propagandaministerium waren die Gaupropagandaleiter der NSDAP mit der Durchführung der Vorbereitungsarbeiten beauftragt worden, die ein Landesausschuss koordinierte. Die Umsetzung der sehr präzisen Vorgaben erfolgte durch Amts- und Ortsausschüsse, in denen die leitenden Beamten mit den Vertretern der Partei zusammen zu wirken hatten. Man scheute sich nicht etwa, dies in den Zeitungen deutlich zum Ausdruck kommen zu lassen. Die Einsetzung eines Landesausschusses wurde ebenso in allen Einzelheiten berichtet wie die eines Ausschusses für das Amt Cloppenburg. Eine Anordnung des Staatsministeriums verfügte die Beflaggung aller staatlichen und kommunalen Dienstgebäude und einen entsprechenden Aufruf an die Einwohner, den Schmuck der öffentlichen Gebäude mit „frischem Birkengrün oder sonstigem Grün, beim Fehlen von Laubzweigen mit grünen Nadelholzzweigen“, die Abhaltung von Schulfeiern mit Anhören einer Radioübertragung des Staatsaktes in Berlin (anschließend gab es schulfrei), die Aufstellung von Lautsprechern auf großen Plätzen zum gleichen Zweck u. a. m.⁴³⁾. Das Grün hatten die staatlichen Forstverwaltungen kostenlos zur Verfügung zu stellen, die Reichsbahn beförderte es frachtfrei⁴⁴⁾.

Am 28. April brachte die Zeitung dann genaue Anweisungen über den Ablauf der Feierlichkeiten. Man begann in der Frühphase der NS-Zeit noch mit Gottesdiensten beider Konfessionen, und zum Festprogramm in Cloppenburg gehörte um fünf Uhr nachmittags auch eine Maiandacht für Frauen und Kinder in der katholischen Kirche. Es gab einen großen Festmarsch und Radioübertragung der Reden Hitlers und Hindenburgs in der Markthalle. Die weiteren Anweisungen waren ebenso präzise: „Wie von der Reichsregierung gewünscht wird, sollen alle Last- und Personenwagen an diesem Tage die Wimpel der nationalen Erhebung führen . . . Kein Kind soll ohne schwarz-weiß-roten Hakenkreuzwimpel sein . . . Unsere Häuser sollen reichen Fahنشmuck tragen und die Beteiligung an den Veranstaltungen soll eine derartige sein, wie sie Cloppenburg noch nicht gesehen hat.“ Einen Tag später hieß es noch deutlicher: „Es wird erwartet, daß die Beteiligung an diesem Feste der Deutschen Arbeit eine allseitige ist“⁴⁵⁾.

Wie die Verhältnisse inzwischen wirklich waren, zeigt ein Nebensatz in einem Artikel der in Cloppenburg erscheinenden Zeitung Das Landvolk, die unter der Überschrift „Endlich wird Deutsch im Münsterland gesprochen!“ u. a. eine angeblich mangelnde

Beflaggung öffentlicher Gebäude beklagte und fortfuhr, die SA sei bereit, „zu aller anderen Arbeit auch noch das Zeigen der Fahne an solchen Tagen zu erzwingen⁴⁶⁾“.

Während der Feiern am 1. Mai gab der Bürgermeister in der Markthalle nach der Übertragung der Reden aus Berlin „einen bedeutungsvollen Beschluß der Stadt“⁴⁷⁾ bekannt: Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Hitler, Reichsarbeitsminister Seldte und Ministerpräsident Röver seien zu Ehrenbürgern der Stadt Cloppenburg ernannt worden. Hinter der etwas verschwommenen Formulierung „Beschluß der Stadt“ verbarg sich ein schlichter Beschluß des NS-Magistrats, der per Dekret Anfang April ins Amt gekommen war, nicht etwa ein Beschluß des Stadtrates, der bei der Verleihung von Ehrenbürgerschaften erforderlich war. Hindenburg und Hitler waren im Laufe des April in fast allen deutschen Städten Ehrenbürger geworden. Es handelte sich in der Regel um einen Standardantrag der NSDAP in den neu zusammengetretenen Kommunalparlamenten, gegen den in *dieser* Kombination sich in aller Regel niemand zu äußern wagte.

Am 2. Mai wurden in den größeren Städten nicht nur die Gewerkschaftshäuser von der SA besetzt, die Funktionäre verhaftet und die Gewerkschaften verboten, sondern es begann auch die endgültige Unterwerfung der Städte und Gemeinden unter den Willen der NSDAP, so daß bis Ende Mai durchweg alle Großstädte nationalsozialistische Stadtleitungen hatten⁴⁸⁾.

In der Stadt Cloppenburg fand die erste Sitzung des nach dem Gleichschaltungsgesetz gebildeten neuen Stadtrats erst am 16. Juni 1933 statt. Im Kontext der allgemeinen politischen Situation in Deutschland waren schon die Eingangsworte des Bürgermeisters Dr. Heukamp nicht ohne Delikatesse, wenn er den ehemaligen Mitgliedern des Magistrats, die ja seit Anfang April durch Nationalsozialisten ersetzt waren, und den Ehemaligen des Stadtrates für Arbeit und Zeit dankte, die sie dem Wohle der Stadt geopfert hätten. Dr. Heukamp bat um Zustimmung, diesen Dank den Betroffenen gegenüber ausdrücken zu dürfen und erhielt sie vom Stadtrat, auch von den Nationalsozialisten, die sich damit der Möglichkeit begaben, wie in anderen Städten ein Scherbengericht über die „Systemlinge“ zu eröffnen. Aber noch in anderer Hinsicht war diese erste Stadtratssitzung für die politische Wetterlage ungewöhnlich. Nachdem der Bürgermeister die neuen Stadtratsmitglieder auf ihr Amt verpflichtet hatte, gab der Sprecher der Nationalsozialisten eine Erklärung ab, wie sie in ähnlichen Situationen in den kommunalen parlamentarischen Gremien

deutscher Städte und Gemeinden in den letzten Monaten zur Genüge angehört werden mußte. Es war die Rede davon, daß man nicht die Absicht habe, sich „zu einem parlamentarisch-demokratischen Spießbürgerclub“ zu entwickeln, daß man nicht gewillt sei, „irgendwie etwas von unserem Programm zu streichen“. Der NS-Sprecher wollte dann vor allem angesichts der durch die Eingemeindung eines Teils der ehemaligen Gemeinde Krapendorf entstehenden Probleme das Vertrauen der Oldenburgischen Regierung gesichert wissen, womit nur zu rechnen sei, wenn „eine nationalsozialistische Mehrheit des Magistrats und ein nationalsozialistischer Vorsitzender des Stadtrates der Regierung die Gewähr bieten, daß die Stadtpolitik nach den Weisungen der Reichsleitung der NSDAP, d. h. unseres Führers selbst, betrieben wird“; und er drohte regelrecht damit, „daß etwaige Beschlüsse, die wir aus unserer Weltanschauung heraus nicht gut heißen können“ vom Staatsministerium geändert würden⁴⁹⁾. Diese Drohung entsprach inzwischen durchaus den realen Machtverhältnissen.

Damit war es also heraus: Die NSDAP hatte zwar nur fünf Sitze im Stadtrat, wollte aber die Kommunalpolitik allein bestimmen, indem sie die Mehrheit im Magistrat und den Vorsitz im Rat forderte, so daß die Aufstellung der Tagesordnung für die Sitzungen und die Sitzungsleitung in ihrer Hand lagen und damit auch aus der Minderheitenposition hinreichender Einfluß gesichert gewesen wäre. Sollte die Mehrheit sich nicht fügen, würde die übergeordnete Instanz zu Gunsten der Nationalsozialisten eingreifen. Für die anderen Stadtratsmitglieder war dies keine sonderlich erhebende Aussicht und daher muß es umsomehr verwundern, daß trotzdem Bürgermeister Dr. Heukamp wiederum zum Vorsitzenden des Stadtrats vorgeschlagen wurde und trotz der Gegenkandidatur des NSDAP-Fraktionssprechers mit den Stimmen der Zentrumsfraktion und des einen Deutschnationalen gewählt wurde. Zwar kandidierte kein Zentrumsvertreter für das Amt des Stellvertreters, und es wurde ein Nationalsozialist gewählt, doch muß man es als höchst ungewöhnlich bezeichnen, daß der Zentrumsbürgermeister — nach der damaligen Kommunalverfassung Wahlbeamter, dessen Amtszeit noch dazu im Dezember 1933 ablief⁵⁰⁾ — nicht nur im Amt blieb, sondern sogar noch *gegen* die NS-Fraktion zum Vorsitzenden des Stadtrats gewählt wurde. In der Debatte konnten und wollten die Nationalsozialisten gegen den Bürgermeister nichts konkretes vorbringen, erklärten sogar *expressis verbis*, „daß man nichts gegen Bürgermeister Dr. Heu-

kamp habe“, sie wollten angeblich allein „eine unparteiische Geschäftsführung“ gewährleistet sehen, und ihm „Gewissenskonflikte“ ersparen. Die Zentrumsvertreter bescheinigten dem Bürgermeister eine unparteiische Amtsführung in den letzten 16 Jahren und sahen doch „ein gewisses Mißtrauen“ in dem NSDAP-Antrag. Der DNVP-Mann ging in dieser Frage ausdrücklich nicht mit den Nationalsozialisten, und Dr. Heukamp selbst brachte mit dem Selbstbewußtsein des sich seiner Stellung in der Bürgerschaft sicheren leitenden Kommunalbeamten vor, daß „es besser sei, die Sache so zu halten wie früher. Der Vorsitzende des Stadtrats müsse vollständig mit der Materie vertraut sein. Das lasse sich anders schwer durchführen“⁽⁵¹⁾.

In der gleichen Sitzung ergab sich eine weitere Kontroverse, die nicht im Sinne der Nationalsozialisten entschieden wurde. Am 31. 1. 1932 hatte der Stadtrat beschlossen, daß dem Magistrat nicht mehr fünf sondern nur noch drei Stadtratsmitglieder als sogenannte „Ratsherren“ angehören sollten. Diese drei vom Stadtrat gewählten waren, wie oben dargestellt, durch die Intervention des Staatsministeriums ersetzt worden. Nun stand angesichts des ersten Zusammentritts des neuen Stadtrates eine Neuwahl an. Dazu beantragte die NSDAP-Fraktion die Wahl der eingesetzten Nationalsozialisten. Der Sprecher der Zentrumsfraktion schlug zwei Zentrumsleute als Magistratsmitglieder vor, das Stadtratsmitglied Wichmann und den Landwirt Meyer-Hemmelsbühren. Nun zogen sich die Nationalsozialisten auf die oldenburgische Regierung zurück, die ja die bisherigen Ratsherren eingesetzt habe, man dürfe ihr „nicht in den Rücken fallen dadurch, daß man jetzt andere wähle als die, welche sie eingesetzt habe“. Vom Zentrum wurde geantwortet, „wenn man zusammenarbeiten wolle, müsse jede Partei berücksichtigt werden“. Gewählt wurde dann in Listenwahl mit dem Ergebnis, daß zwei Magistratsmitglieder vom Zentrum, einer von den Nationalsozialisten gestellt wurden. Offenbar war die NSDAP aus dem Konzept gebracht, denn sie beantragte, die Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters zurückzustellen, bis der Magistrat bestätigt sei. Einstimmig angenommen wurde in dieser Sitzung noch der Antrag der NSDAP, im Sitzungssaal die Bilder Hindenburgs und Hitlers aufzuhängen. Schon eine Woche später trat der Stadtrat wieder zusammen. Inzwischen hatte es anscheinend sowohl Verhandlungen als auch Drohungen gegeben, denn das vom Zentrum vorgeschlagene und gewählte Magistratsmitglied Wichmann hatte die Wahl abgelehnt. Eine Art Kompromiß, der die Stärkeverhältnisse der Fraktionen



berücksichtigte, wurde dadurch möglich, daß der Beschluß vom 31. 1. 1932 aufgehoben wurde und sich so die Anzahl der zu wählenden Magistratsmitglieder wieder auf fünf erhöhte. Gewählt wurden zwei Zentrumsleute und zwei Nationalsozialisten. Der fünfte Mann galt anscheinend beiden Seiten als tragbar. Womöglich zählten ihn die Nationalsozialisten bereits zu ihrer Partei. Ein von der NSDAP eingebrachter Antrag war aus anderen Städten schon bekannt: Gemeindliche Arbeiten und Lieferungen sollten nicht mehr an Mitglieder des Magistrats oder des Stadtrats vergeben werden. Der NSDAP-Sprecher begründete den Antrag mit dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“⁵²⁾. Als der Antrag in der Woche zuvor angekündigt worden war, hatte der Zentrumsprecher Winkler geantwortet, daß die Zentrumsfraktion „ehrlich und uneigennützig“ mit allen zusammenarbeiten wolle. Die Richtschnur sei allein „das Wohl der Stadt Cloppenburg“. Er selbst sei seit 16 Jahren im Stadtrat, „nach dem Grundsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz ist hier immer gehandelt“ worden. Der NS-Antrag wurde dann gleich zweimal modifiziert. Die Nationalsozialisten selbst offenbarten wohl ungewollt ihre eigentliche Absicht, indem sie als Zusatz beantragten, daß Stadtratsmitglieder dann Aufträge der Stadt erhalten könnten, wenn die Geschäfte durch den (nationalsozialistischen) Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes „als berufene Vertretung des Handels und des Handwerks“ vergeben würden. Das Zentrum beantragte Arbeiten und Lieferungen im Rahmen des ordentlichen Haushaltsanschlages nach Möglichkeit der Reihe nach auf alle Geschäfte (also auch von Stadtrats- und Magistratsmitgliedern) zu verteilen. Man beschloß beide Zusatzanträge, ohne die praktischen Auswirkungen zu diskutieren⁵³⁾.

Am 5. 7. 1933 erging ein Oldenburgisches Gleichschaltungsgesetz, nach dem der Amtshauptmann ermächtigt wurde, Mitglieder der Gemeinde- und Stadträte und deren Ersatzmänner von der weiteren Ausübung ihrer Mandate auszuschließen, „wenn sie nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten und die Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Reichs- und Staatsregierung mit allen Kräften fördern und unterstützen“⁵⁴⁾. Nachdem von der Staatsregierung zwei der neuen Cloppenburger Ratsherren nicht bestätigt worden waren (Georg Meyer-Hemmelsbühren und Georg Weßling)⁵⁵⁾, wurden die Mitglieder der inzwischen aufgelösten Zentrumsparlei im Stadtrat weitgehend durch Mitglieder der NSDAP ersetzt, die vom Kreisleiter der

NSDAP vorgeschlagen wurden, entsprechend einem ministeriellen Erlaß „selbstverständlich nur solche . . . , die vorbehaltlos und mit voller Überzeugung die Aufbauarbeit der Staatsregierung zu fördern und zu stützen gewillt sind“⁵⁶⁾. Manche verzichteten noch vor ihrer Entlassung auf die Ausübung ihrer Mandate⁵⁷⁾.

Mit dem Verbot und der Auflösung oder Selbstauflösung der Parteien und der Ernennung von Gemeindevertretern durch die Staatsregierung endete endgültig jegliche Kommunalpolitik, noch bevor durch die am 1. 1. 1934 in Kraft tretende deutsche Gemeindeordnung die demokratische Selbstverwaltung auch formal abgeschafft wurde und das Führerprinzip in den Kommunen Geltung erlangte. Entscheidungen fällt allein der Bürgermeister, er wurde von den immer noch so genannten Ratsherren lediglich beraten.

Zusammenfassend ist festzustellen: In Wahlen konnte die NSDAP in Cloppenburg auch nicht zusammen mit der als Kampffront Schwarz-Weiß-Rot auftretenden Deutschnationalen Volkspartei eine Mehrheit erringen. Selbst durch den Rechtsbruch der Auflösung der Kommunalparlamente und ihrer Neuzusammensetzung nach dem Reichstagswahlergebnis blieben die Nationalsozialisten im Stadtrat in der Minderheit. Die Auflösung des alten Stadtrats und die Neuformierung brachte für die kommunale politische Szene eine durchgreifende Umwälzung mit sich, weil nun der Cloppenburger Stadtrat politisiert wurde, was in der Stadt bis dahin zumindest als unfein gegolten hatte. Die Umstrukturierung hat in der jetzt erstmals gebildeten Zentrumsfraktion weitaus weniger Probleme gebracht, als man hätte eigentlich erwarten sollen, denn sie hielt gegenüber den nationalsozialistischen Einschüchterungsversuchen bis Ende Juni 1933 stand, bis zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Zentrumsparterie kurz vor ihrer Auflösung stand. Die Deutsche Zentrumsparterie löste sich in den ersten Julitagen auf. Am 14. Juli 1933 wurde das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ beschlossen, dessen erster Artikel lautete: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterparterie“.

Im Vergleich zu anderen Städten des Reiches werden die Besonderheiten Cloppenburgs im Prozeß der nationalsozialistischen Eroberung der Kommunen deutlich. So lassen sich durchweg vier Phasen des nationalsozialistischen Vorgehens unterscheiden und in bestimmten reichsweit zu beobachtenden Aktionen deutlich machen. Die erste Phase reicht von der jeweiligen Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe bis zum Einzug erster NSDAP-Stadtverord-

neter in die Stadträte, was in Cloppenburg relativ spät, und dazu noch 'verdeckt' erst durch die Wiederholungs-Kommunalwahl am 3. 5. 1931 eintrat. Diese Phase ist gekennzeichnet durch eine in der Regel relativ starke nationalsozialistische Agitation, durch Versammlungen, Aufmärsche und andere propagandistische Aktivitäten.

Vom Einzug erster nationalsozialistischer Vertreter in die Kommunalparlamente bis zum 30. 1. 1933 kann eine zweite Phase abgegrenzt werden, in der die Nationalsozialisten die Kommunalparlamente als Podium nutzten und ihre Zugehörigkeit als Zeichen wachsender Bedeutung ihrer Partei und Nachweis ihrer Wählbarkeit auch für bürgerliche Wähler auszugeben versuchten. In diese Phase fällt häufig der Kampf um die Nutzung großer Versammlungsräume, das Auftreten von NS-Größen, zumeist auch Hitlers, in sogenannten Massenversammlungen. Darüber hinaus wurde meist der Versuch unternommen, kommunalpolitische Skandale zu entfachen, indem man den Verdacht von Veruntreuung und persönlicher Bereicherung gegen leitende städtische Beamte kolportierte.

Der 30. 1. 1933 brachte der örtlichen NSDAP durchweg erheblichen Auftrieb, man erhob lautstark Anspruch auf die Mitregierung der Städte, terrorisierte im Reichstagswahlkampf die politischen Gegner und setzte mit einer häufig mit Hilfe von Gewalt gehissten Hakenkreuzflagge auf den Rathäusern und auf anderen öffentlichen Gebäuden am 6. 3., dem Tag nach der Reichstagswahl (und den folgenden Tagen) sowie häufig der Verbrennung der schwarzrot-goldenen Fahne ein Fanal für die Unterwerfung der Städte, die endgültig mit der in Preußen am 12. 3. abgehaltenen Kommunalwahl eingeleitet wurde (dritte Phase).

In einer vierten und letzten Phase gelang dann durch die Entlassung leitender Kommunalbeamter, die Einsetzung von Staatskommissaren, durch Ämterusurpation, Einrichtung von Untersuchungsausschüssen, angeblicher Entdeckung von Veruntreuungen, durch die Einbringung demagogischer Anträge, die bei Zustimmung für die bürgerlichen Parteien diskriminierend und korrumpierend sein mußten, durch gleichzeitiges Vorgehen gegen mißliebige Gruppen im Boykott gegen jüdische Geschäfte um den 1. 4. 1933, die Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. 5. 1933 und parallel laufende Feierlichkeiten die Unterwerfung der Städte in der Regel bis spätestens Ende Mai/Anfang Juni 1933.

Innerhalb dieses Rahmens, der im Freistaat Oldenburg durch die Mitte Mai 1932 ins Amt gekommene nationalsozialistische Regie-

rung und durch die oldenburgische Gemeindereform beschleunigende und retardierende Elemente enthielt, lag die Stadt Cloppenburg mit der nationalsozialistischen Agitation, der Versammlungstätigkeit der Auseinandersetzung um die Münsterlandhalle, dem Auftreten Hitlers usw. in den ersten beiden Phasen gewissermaßen im Trend. Als Besonderheit fällt hier der gescheiterte Versuch auf, die Nationalsozialisten durch rigide Auslegung gesetzlicher Bestimmungen politisch im Abseits zu lassen, was den noch 'verdeckten' Nationalsozialisten sicherlich einen Prestigegewinn und damit auch manche Sympathie eintrug. Doch läßt sich nicht beobachten, daß die NS-Stadtratsmitglieder dies genutzt hätten. In Cloppenburg gab es keine Skandale, keine Veruntreuungs- und Bereicherungsvorwürfe usw. Es kam auch nicht zum Versuch einer Hissung der Hakenkreuzfahne bzw. zur Verbrennung der schwarz-rot-goldenen Fahne am 6. 3., wie dies beispielsweise auch in Osnabrück, Brake und Dötlingen geschah.

Zwar wurden auch in Cloppenburg in der (vierten) Gleichschaltungsphase die ehrenamtlichen Magistratsmitglieder entlassen und durch Nationalsozialisten ersetzt, doch blieb selbst zu diesem Zeitpunkt der Bürgermeister im Amt, wohingegen die kommissarischen Magistratsmitglieder sich selbst Mitte Juni 1933 nicht im Amt halten konnten, so daß es eines weiteren Eingreifens des Staatsministeriums bedurfte, um endlich Ende Juli dieses Jahres die 'richtige' Zusammensetzung des Stadtrats und des Magistrats sicherzustellen. Es gab in Cloppenburg keinen Untersuchungsausschuss, Hitler, Hindenburg, Seldte und Röver wurden nicht vom Stadtrat zu Ehrenbürgern gewählt, sondern vom nationalsozialistischen Interims-Magistrat.

Es gab zwar die Umbenennung einer Straße in Adolf-Hitler-Straße, jedoch handelte es sich auch dabei um eine Tat des NSDAP-Interimsmagistrats⁵⁸⁾. Der NS-Saubermann-Antrag über die Vergabe öffentlicher Aufträge versandete in der Diskussion, lediglich der Antrag, die Bilder Hindenburgs und Hitlers im Sitzungssaal aufzuhängen, fand Zustimmung.

Die Cloppenburger Nationalsozialisten spielten im Prozeß der Machteroberung eine eher klägliche Rolle. Weder waren sie in der Lage, ihren Prestigeerfolg aus der Wiederholungswahl von 1931 auszunutzen, noch gelang es ihnen, die Bürgerschaft mit kommunalen Themen in Unruhe zu setzen, noch konnten sie die ihnen entgegenkommende Entwicklung im Reich für ihre Zwecke umsetzen, sondern mußten im Gegenteil noch im Juni Ämter wieder abgeben, die ihnen durch die Staatsregierung bereits übertragen

waren. Ihre Personaldecke war so dünn, daß es fast schon ein Glücksfall war, als am 1. 5. 1933 ein Studienrat in die NSDAP eintrat⁵⁹⁾, den man prompt zum Fraktionssprecher machte. Er war zwar artikulationsfähig, hatte aber anscheinend nicht die Durchsetzungsfähigkeit der 'alten Kämpfer', was sich in den Diskussionen um die nationalsozialistischen Anträge im Stadtrat zeigte. Natürlich wurde die Stadt bald darauf trotzdem von den Nationalsozialisten beherrscht, doch ergaben sich von dieser Ausgangslage für die Durchdringung der Stadt durch den Nationalsozialismus in den folgenden Jahren keine sehr erfolgversprechenden Perspektiven.

Anmerkungen

Die Grundgedanken dieses Aufsatzes wurden erstmals in der Sonderausgabe der Münsterländischen Tageszeitung zum 550jährigen Jubiläum der Stadt Cloppenburg vom 7. 6. 1985 unter dem Titel „Die Stadt Cloppenburg auf dem Weg in die Diktatur“ dargelegt. Für die Veröffentlichung im Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland ist der dortige Text nach weiteren Quellenstudien erheblich erweitert und mit einem wissenschaftlichen Apparat versehen worden.

- 1) Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960.
- 2) Horst Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Berlin/Köln/Mainz 1970.
- 3) William Sheridan Allen: „Das haben wir nicht gewollt!“ Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 - 1935, Gütersloh 1966.
- 4) Hans Nocon: Die Ereignisse in Bottrop vom Tage der Machtübernahme bis zur Einführung der neuen Gemeindeordnung. In: Vestisches Jahrbuch 60 (1958), S. 97f.; Hermann Meyerhoff: Herne 1933 - 1945. Die Zeit des Nationalsozialismus, Herne 1963; Karl Kühling: Osnabrück 1933 - 1945. Stadt im Dritten Reich, Osnabrück 1969; Hans Peter Görden: Düsseldorf und der Nationalsozialismus. Zur Geschichte einer Großstadt im „Dritten Reiche“, Düsseldorf 1969; Ulrich Mayer: Das Eindringen des Nationalsozialismus in die Stadt Wetzlar, Wetzlar 1970; S. Plesse: Die Nationalsozialistische Machtergreifung im Oberharz. Clausthal-Zellerfeld 1929 - 1933, Clausthal-Zellerfeld 1970.
- 5) Elke Fröhlich/Martin Broszat: Politische und soziale Macht auf dem Lande. Die Durchsetzung der NSDAP im Kreis Memmingen, VZG 25 (1977), S. 546 f.; Ulrich Popplow: Die Machtergreifung in Augenzeugenberichten. Göttingen 1932 - 1935. In: Göttinger Jahrbuch 25 (1977), S. 157 f. Joachim Kuroпка: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten (Geschichte original — am Beispiel der Stadt Münster 2), Münster ⁴1982; Dieter Rebentisch/Angelika Raab: Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand. Dokumente über Lebensbedingungen und politisches Verhalten 1933 - 1945, Neu Isenburg 1978; Wolfgang Wippermann: Aufstieg und Machtergreifung der NSDAP in Bremerhaven-Wesermünde. In: Jahrbuch der Männer vom Morgenstern 57 (1978, S. 165 f.); Streiflichter in einer dunklen Zeit. Der Landkreis München unter dem Nationalsozialismus im Spiegel der Dokumente, hrsgg. von der Presse- und Informationsstelle des Landratsamtes München, München 1979; Bernd Burkhardt: Eine Stadt wird braun. Die nationalsozialistische Machtergreifung in der Provinz, Hamburg 1980 (Mühlacker).
- 6) Enno Meyer: Auf dem Wege zur Macht. Die NSDAP, ihre Wegbereiter und ihre Gegner in einer norddeutschen Stadt 1930 - 1933, Frankfurt/M. 1981 (Oldenburg); Paul Wilhelm Glöckner: Delmenhorst unter dem Hakenkreuz. Aufstieg und Machtübernahme der NSDAP in Delmenhorst von 1926 - 33. Delmenhorst (Selbstverlag) 1982; vgl. dazu die Rezension von H. Günther-Arndt im Mittei-

- lungsblatt der Oldenburgischen Landschaft Nr. 46, März 1985, S. 12.
- 7) Konflikte im agrarisch-katholischen Milieu Oberbayerns am Beispiel des Bezirks Aichach 1933 - 1938. In: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. I. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München/Wien 1977, S. 327 f.; vgl. auch Elke Fröhlich: Die Partei in der Provinz. Möglichkeiten und Grenzen ihrer Durchsetzung 1933 - 1939, ebd., S. 487 f.
 - 8) Vgl. den Bericht von Hubert Gelhaus über meinen Vortrag am 17. 1. 1985 in der Heimvolkshochschule in Stapelfeld in der Münsterländischen Tageszeitung vom 23. 1. 1985 sowie den Leserbrief von K. Sieverding, MT vom 7. 2. 1985 und meine Antworten, MT vom 2. 2. 1985 und 22. 2. 1985.
 - 9) Vgl. MT vom 8. 3. 1985 bis 15. 5. 1985.
 - 10) Klaus Schaap: Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928 - 1933, Düsseldorf 1978, S. 172 f.
 - 11) Joachim Kuroпка: Die Reichstagswahlen im Oldenburger Münsterland 1918 - 1933. In: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1979, S. 52f.
 - 12) Friedrich W. Rogge: Weimar: Republik ohne Republikaner? Antidemokratisch-völkische Umtriebe im Oldenburger Land 1922 - 1930. In: Oldenburger Jahrbuch 84 (1984), S. 207f.
 - 13) A. Naaber: Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Cloppenburg. In: 500 Jahre Stadt Cloppenburg. Festbuch im Auftrage der Stadt Cloppenburg herausgegeben von Heinrich Ottenjann, Cloppenburg 1936, S. 112.
 - 14) Staatsarchiv Oldenburg (im weiteren StAOL) 320,1 Nr. 5.
 - 15) MT vom 4. 5. 1931.
 - 16) Hitler sprach am gleichen Tag noch in Bad Zwischenahn, vgl. Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932 - 1945, Bd. 1, Wiesbaden 1973, S. 109.
 - 17) Helene Weber (1911 - 1962) war Zentrumsabgeordnete von 1921 - 1924 im Preussischen Landtag und von 1919 - 1920 und von 1924 - 1933 im Reichstag.
 - 18) MT vom 15. 5. 1931.
 - 19) MT vom 15. 5. und 16. 5. 1931 und vom 27. 5. 1932. Die Zahl der Teilnehmer war natürlich umstritten, während Gauleiter Röver in der Versammlung von 10.000 Besuchern sprach, nannte die MT 7.000 als übertrieben.
 - 20) MT vom 11. 5. 1931.
 - 21) Alwin Reinke: Aus einem stillen Winkel. Lebenserinnerungen eines alten Mannes, Vechta 1947, S. 83.
 - 22) Joachim Kuroпка: Für Wahrheit, Recht und Freiheit - gegen den Nationalsozialismus, Vechta 1983, S. 23f.
 - 23) Ebd., S. 27f.; wegen seiner Ausfälligkeiten bestand gegen Röver seit 1931 ein faktisches Redeverbot in den Regierungsbezirken Aurich und Minden, StAOL 320, 1 Nr. 3.
 - 24) Amt Cloppenburg an den Minister des Innern vom 29. 7. 1931, StAOL Bestand 230 - 11, A IV a 4; MT v. 4. 3. 1932.
 - 25) Flugblatt ebd.
 - 26) Damit war die Eberborg-Affäre gemeint, vgl. Heinz Strickmann/Klaus Deux: Geschichte des Bauernaufstandes in Sevelten und Cloppenburg im Jahre 1929 um den Eberborg, Cloppenburg 1978.
 - 27) Amt Cloppenburg an den Minister des Innern vom 31. 8. 1931, wie Anm. 24; MT v. 11. 3. 1932.
 - 28) MT vom 8. 11. 1930.
 - 29) Stadtarchiv Münster, Fotosammlung FS 63
 - 30) Zitiert nach der westfälischen SPD-Zeitung „Volkswille“ vom 20. 9. 1929: Muckermann sprach auch in Cloppenburg vor 2.000 Zuhörern, MT v. 27. 7. 1932.
 - 31) Wie Anm. 28.
 - 32) MT vom 10. 11. 1930 und 20. 3. 1931.
 - 33) MT vom 24. 4. 1931.
 - 34) MT vom 30. 4. 1931.
 - 35) Bundesarchiv Koblenz, NS 26-164.
 - 36) Zitiert nach Glöckner: Delmenhorst unter dem Hakenkreuz, Bd. 1, S. 43.
 - 37) Enno Meyer: Auf dem Wege zur Macht, S. 43.
 - 38) A. Naaber, S. 112.

-
- 39) Nach Interviews mit Cloppenburger Zeitgenossen.
 - 40) OV v. 2. 4. 1933, Amt Cloppenburg 17 - 1.
 - 41) Erlaß d. Ol. Min. d. Innern v. 6. 5. 1933, Amt Cloppenburg 15 - 3/1.
 - 42) MT vom 2. 5. 1933.
 - 43) MT vom 22. 4. 1933, 24. 4. 1933, 25. 4. 1933.
 - 44) Das Landvolk v. 25. 4. 1933.
 - 45) MT vom 28. 4. 1933, 29. 4. 1933.
 - 46) Wie Anm. 44.
 - 47) MT vom 2. 5. 1933.
 - 48) Eine Ausnahme stellte das erzkatholische Paderborn dar. Dort mußten angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Wahl dazu herhalten, die Stadtverordnetenversammlung im Juni 1933 aufzulösen. Zu Neuwahlen ließ man es nicht mehr kommen, neue Stadtverordnete, die alle der NSDAP angehörten, wurden im August vom Regierungspräsidenten ernannt, vgl. Karl Hüser: Von der Weimarer Republik ins Dritte Reich oder Eine Zentrumshochburg wird gleichgeschaltet 1930 - 1935, Paderborn 1983.
 - 49) MT vom 17. 6. 1933
 - 50) Dr. Heukamp wurde am 6. 12. 1933 einstimmig wiedergewählt, Amt Cloppenburg 028-05/1-5.
 - 51) Wie Anm 49.
 - 52) Dies ist eine Formel aus dem Punkt 24 des Programms der NSDAP von 1920.
 - 53) MT vom 17. 6. 1933, 24. 6. 1933.
 - 54) Amt Cloppenburg 15 - 3/1.
 - 55) Erlaß des Oldenburgischen Ministers des Innern vom 13. 7. 1933, Amt Cloppenburg 15-3/1; StAOL 136-2338.
 - 56) Erlaß v. 11. 7. 1933, wie Anm. 55.
 - 57) Amt Cloppenburg 028-05/1-5.
 - 58) MT v. 21. 4. 1933, Das Landvolk v. 25. 4. 1933.
 - 59) Der Betreffende wurde in der Öffentlichkeit zwar schon im April 1933 als Parteigenosse bezeichnet, offizieller Aufnahme Termin war jedoch der 1. 5. 1933, MT vom 17. 6. 1933, StAOL 134-4691.

Rudi Timphus

Die Gründung des Franziskaner- klosters Mühlen im Jahre 1908

Der Entschluß der Franziskaner zu Beginn des Jahres 1908, in Mühlen ein Kloster und eine Kirche zu errichten, kam für die Bevölkerung „wie aus heiterem Himmel“, und die Freude oder gar Begeisterung für dieses Vorhaben war sehr groß, ohne daß man zunächst auch nur vorausahnen konnte, welche Bedeutung diese Entscheidung haben und welche Entwicklung sie für die Bauerschaft bewirken würde.

Bereits im Januar 1908 war vom Definitorium der Sächsischen Provinz vom hl. Kreuz der Beschluß gefaßt worden, im Großherzogtum Oldenburg eine Niederlassung zu gründen. Diese sollte ein „Standkloster“ sein für die Missionare, welche im Norden Deutschlands Missionen hielten. Voraussetzungen für den Standort sollten sein; ein stille Lage, eine nahe gelegene Bahnstation und die Möglichkeit zur Seelsorge am Ort.

Bruder Quintilian, vom Pater Provinzial Wenzeslaus Straussfeld zur Auskundschaftung ins Oldenburger Land geschickt, besichtigte viele Orte: Essen, Cloppenburg, Vechta, Neuenkirchen, Holdorf, Damme und Handorf. Bei einer zweiten Reise zusammen mit dem Provinzial hatte man sich entschieden. Handorf sollte wegen seiner ruhigen Lage Standort des neuen Klosters werden.

Als nun der Provinzial sich mit dem Offizial Grobmeyer in Vechta wegen der Neugründung in Verbindung setzte, schrieb dieser ihm zurück, er möge doch nicht an eine Gründung in Handorf denken, da es dort für die Franziskaner kein geeignetes Wirkungsfeld gebe.

Der Offizial verwies auf Mühlen. Dort wohnten viele Leute, die eine Stunde und mehr von der Pfarrkirche in Steinfeld entfernt seien. Bei schlechtem Wetter und im Winter könnten diese ihre Kirche nicht besuchen, zumal die Mühlener doch nicht zu ihrem Kapellenbau kämen. Daher der Vorschlag: Baut in Mühlen, dann ist den Franziskanern geholfen, aber auch der Bevölkerung von Mühlen.

Der Vorschlag des Offizials fand die Billigung des Franziskaner-
